

NACHRICHTEN

KURZ und KNAPP

NEUES START-
ABKOMMEN

Nach den Genfer Abrüstungsgesprächen Anfang September arbeiten Russland und die USA an den Artikeln für das neue START-Abkommen. Kritiker befürchten jedoch erneute Auseinandersetzungen, wie sie in den letzten zwanzig Jahren immer wieder aufgetreten sind. Dem russischen Außenministerium zufolge werden die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen Ende September fortgesetzt.

KEIN
GASVERTRAG

Präsident Dmitrij Medwedew will keinen neuen Vertrag über Gaslieferungen mit der Ukraine abschließen. Er wies den staatlich kontrollierten Konzern Gazprom an, an dem im Januar geschlossenen Abkommen festzuhalten. Zuvor hatte die ukrainische Seite der Konzernleitung zufolge eine Änderung der Bedingungen für den Gastransit vorgeschlagen. Der alte Vertrag schreibt unter anderem eine gewisse jährliche Abnahmemenge für die Ukraine vor, was deren Präsident Viktor Juschtschenko als Bedrohung für die Unabhängigkeit des Landes sieht. Zwar wurde diese in vergangenen Verhandlungen bereits mehrfach gesenkt, doch Juschtschenko befürchtet dennoch russische Sanktionen.

NEUE
ERMITTLUNGEN

Die Ermittlungen zur Ermordung der kremlkritischen Journalistin Anna Politkowskaja werden erneut aufgenommen. Das zuständige Militärgericht gab einer Beschwerde der Verwandten des Opfers statt, dass die Untersuchungen nur unzureichend durchgeführt worden seien. Nun muss die Staatsanwaltschaft neue Beweise sammeln. Die Journalistin der Nowaja Gaseta war vor allem für ihre kritische Tschetschenien-Berichterstattung bekannt gewesen und im Oktober 2006 vor ihrem Haus erschossen worden. Der mutmaßliche Mörder ist auf freiem Fuß, im Prozess angeklagt sind lediglich seine Helfer.

ANGST IN
INGUSCHETIEN

Nachdem erst Ende August 21 Polizisten bei einem Selbstmordanschlag in der Stadt Nasran ums Leben kamen und Präsident Jewkurov im Juni bei einem Attentat schwer verletzt wurde, wächst nun die Angst vor weiteren terroristischen Anschlägen. Die Behörden meldeten das Eindringen mehrerer Selbstmordattentäter in die nordkaukasische Teilrepublik. Der Präsident rief die Bürger zu Wachsamkeit auf und forderte umfassende Durchsuchungen sowie die Meldung aller verdächtigen Fahrzeuge.

Schmerzliche Erinnerung

Russland und Polen laborieren im Gedenkjahr an ihrer gemeinsamen Geschichte

Das Jahr 2009 mit seinen Gedenktagen ist ein schwieriges im russisch-polnischen Verhältnis. Vor 70 Jahren schlossen Hitler und Stalin ihren Pakt, vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, vor 70 Jahren marschierte die Rote Armee im Osten Polens ein. Rund um diese Ereignisse bleibt viel Raum für Interpretationen. Zwei Geschichtsbilder prallen aufeinander – inklusive Schuldzuweisungen, Rechtfertigungen und handfestem politischen Streit. In dieser aufgeheizten Atmosphäre besuchte Wladimir Putin Anfang September die Westerplatte in Danzig.

Von Diana Laarz

Der 17. September 2009 wird ein besonderer Tag in Bialystok, einer Stadt so weit im Osten Polens, dass man schon den weißrussischen Urwald erahnen kann. Die Glocken der Kathedrale werden in der Abenddämmerung zur großen Messe rufen. Im Kino läuft ein neuer Dokumentarfilm an. Auf den Straßen verteilen Pfadfinder den „Kurier Vilnius“. Die Schlagzeile verkündet: „Die Rote Armee ist im Osten Polens einmarschiert.“

Die Zeitung ist ein Nachdruck des Originals von vor genau 70 Jahren. Mit solchen und ähnlichen Aktionen wird in ganz Polen am 17. September des Tages im Jahre 1939 gedacht, an dem Stalin mit seinen Truppen die Besetzung Osteuropas begann. Die Erinnerung ist präsent wie selten zuvor. Nach 1989 sind in dem ehemaligen sowjetischen Satellitenstaat zahlreiche Denkmäler, Museen und Archive entstanden, die sich der Geschichte und den Folgen des 17. September annehmen. In Russland, wo das Gedenken vor allem den Helden gilt, die Europa von Hitler befreiten, und nicht der Besatzung, stößt diese Entwicklung auf Unmut und bei manchem gar auf blanken Zorn.

Ein mediales Säbelrasseln ging dem Besuch Wladimir Putins Anfang September auf der Dan-

ziger Westerplatte – dem Ort, an dem Hitlers Armee den Zweiten Weltkrieg begann – voraus. Russische Zeitungen befassten sich eingehend mit einer neuen Veröffentlichung des Auslandsnachrichtendienstes SWR. Akten sollen beweisen, dass sich Polen mit dem Dritten Reich in einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt 1934 auch über die Aufteilung Litauens und der Tschechoslowakei geeinigt habe. „Lüge, Lüge und nochmals Lüge“, donnerte der Kommentator der konservativen polnischen Tageszeitung „Dziennik“, und rückte die Verfasser in die Nähe von Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels.

Das Jahr 2009, ein Jahr der Erinnerungen und Jubiläen, ist ein besonders schwieriges für das russisch-polnische Verhältnis. Die Beziehungen sind durch Schuldzuweisungen, Vorwürfe und Rechtfertigungen auf beiden Seiten vergiftet. „Damit die Länder sich einander annähern können, müssen die Menschen Widersprüche zur Kenntnis nehmen und sie aushalten können. Das ist der erste Schritt“, sagt Werner Benecke, Professor für Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Viadrina Universität Frankfurt (Oder). „Diese Bereit-



Bei seinem Besuch in Polen zeigte sich Wladimir Putin versöhnlich.

schaft scheint mir im Falle Polens und Russlands aber noch immer auf kleine Kreise beschränkt.“

Vor dem Treffen auf der Westerplatte schaukelten die Wogen dermaßen hoch, dass sich Putin gezwungen sah, gemäßigte Töne anzuschlagen. In einem „Brief an die Polen“ in der Tageszeitung Gazeta Wyborcza schrieb er, dass der Hitler-Stalin-Pakt, in dem die beiden Länder Polen unter sich aufteilten, „moralisch verwerflich“ gewesen sei. Bei seiner Rede in Danzig wenige Tage später folgten ähnliche Worte.

In Polen wurde dieser umsichtige Auftritt durchaus gewürdigt – allerdings auch nicht überbewertet. Der Präsident des Institutes des Nationalen Gedenkens, Janusz Kurtyka, wies noch am selben Tag vor Journalisten in Warschau darauf hin, dass Putin an alten Standpunkten festgehalten habe. „Es war eine streng politische Rede, in der historische Argumente eine geringe Rolle gespielt haben.“ Und auch ein Regierungssprecher hielt fest, es gebe in Putins Text Interpretationen, die „nicht vollständig mit der polnischen Wahrheit“ in Einklang stünden.

Was die „Wahrheit“ betrifft, herrschte zwischen Warschau und Moskau in der Geschichte beider Länder selten Einigkeit. Der Zwiß zwischen beiden Staaten reicht weit zurück. „Wichtige Elemente des polnischen nationalen Bewusstseins haben sich daran geschärft, Russland als kontinuierliche Bedrohung zu interpretieren“, sagt Werner Benecke. In den vergangenen Jahrhunderten besetzte Russland Polen mehrmals, löste den Staat gar gänzlich auf. In der Endphase des Kalten Krieges waren es dann die Polen, die mit der freien Gewerkschaft Solidarnosc als erstes kommunistisches Land offen Widerstand gegen die sowjetische Zentrale

durchsetzten. Der Hitler-Stalin-Pakt ist da nur ein Baustein in einer langen Reihe viel zitierter Ereignisse. Aus russischer Sicht ist er kaum mehr als ein taktisches Manöver. Für Polen hingegen nehmen sich der deutsche Angriff vom 1. September und der sowjetische Einmarsch vom 17. September 1939 als zwei Seiten ein und derselben Medaille aus und stehen für den Beginn eines „doppelten grausamen Besatzungsregimes“.

Die Kluft zwischen den beiden Nationen wird tiefer, seit der Kreml offen auf Konfrontation setzt. Die im Mai dieses Jahres eingesetzte Kommission zur Verfolgung von Geschichtsfälschungen zielt genau gegen die immer selbstbewusster auftretenden Historiker und Politiker in Polen und dem Baltikum. Nicht erst seit das Gremium seine Arbeit aufgenommen hat, beklagen Mitarbeiter regierungskritischer Organisationen, dem Umgang mit der russischen Geschichte fehle es zunehmend an kritischer Distanz und Objektivität. Manch einer spricht gar von Restalinisierung.

Werner Benecke sieht trotz all dem kleine Schritte der Versöhnung. „Sehr ernsthafte Ansätze zur Aufarbeitung der jüngeren und jüngsten Geschichte erkenne ich in Polen und in Russland“, sagt er. In Westeuropa werde gelegentlich die Kraft der Geschichtspolitik des Kreml über- und die kluge seriöse Arbeit der Historiker und auch das lebendige kritische Verlagswesen Russlands unterschätzt. „Dort ist in den vergangenen 20 Jahren unglaublich viel an ehrlicher und schmerzhafter Aufarbeitung geleistet worden.“ Mit Spannung erwartet Benecke den 17. September. „Das Thema wird die polnische Diskussion stärker beherrschen als die der Vergangenheit.“ Russlands Reaktion bleibt abzuwarten.

HINTERGRUND

Das ganze Mittelalter hindurch entwickeln sich Russland und Polen parallel, Scharmützel und kurze Kriege um einzelne Gebiete sind wie in ganz Europa Normalität. Erst Ende des 18. Jahrhunderts gewinnt Russland die Oberhand. Gemeinsam mit Preußen und Österreich teilt es polnisches Staatsgebiet unter sich auf, bis Polen ab 1795 schließlich für 123 Jahre ganz von der Landkarte verschwindet. Aufstände werden vor allem von Russland brutal niedergeschlagen. In Polen spricht man noch heute vom Teilungstrauma. Im Zuge des Ende des Ersten Weltkrieges erhält Polen 1918 seine Unabhängigkeit zurück. Józef Piłsudski wird Staatschef und erklärt, er wolle Polen zur stärksten militärischen und kulturellen Macht des gesamten Ostens machen. Von 1919 bis 1921 führen Russland und Polen Krieg. Beide Seiten werfen sich grausame Kriegsverbrechen vor. Besonders die Behandlung russischer Kriegsgefangener in Polen ist bis heute ein Streitthema. Der Krieg endet mit dem Frieden von Riga, die polnische Ostgrenze wird 250 Kilometer nach Osten verschoben. Im Jahr 1939 marschiert die Rote Armee auf Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes in Ostpolen ein. 1940 ermorden sowjetische Einheiten in einem Wald bei Katyn auf Befehl Stalins etwa 15.000 polnische Offiziere. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gerät Polen unter sowjetischen Einfluss. Doch Polen bleibt ein unbequemer Satellitenstaat. Dort entsteht 1980 die erste freie Gewerkschaft, im Juni 1989 finden die ersten freien Wahlen im Ostblock statt. Mit der politischen Wende im selben Jahr erreicht Polen die Unabhängigkeit von Russland.

IMPRESSUM

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Jochen Stappenbeck
Chefredakteur

Olga Silantjewa
Stellv. Chefredakteurin

Tino Künzel
(Regionen, Zeitgeschehen,
Leben in Moskau, Sport., Letzte Seite)

Hannah Beitzer
(Politik, Gesellschaft, Leben in Moskau,
Feuilleton, Letzte Seite)
Diana Laarz
(Wirtschaft, Politik)

Korrektur
Nina Botschkarjowa
Raissa Kraptschina
Marina Lischtschinskaja

Computersatz
Andrej Morenko
Designentwurf: Hans Winkler

MDZ-Online (www.mdz-moskau.eu)
Tino Künzel

„MaWi Group“
Geschäftsführende Gesellschafterin
Olga Martens
Anzeigen
Tel.: (499) 245 6757
werbung@martens.ru

Vertrieb
Tel.: (499) 246 4051
Fax: (499) 766 4876
mdz-abo@martens.ru

Verlagsvertretung Deutschland
Wolfram Löbnitz
wloebnitz@pro-tempre.de
Tatiana Borina (Vertrieb)
tborina@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6544
Fax: (499) 766 4876
E-Mail: redaktion@martens.ru

Zwei Redakteure werden durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland gefördert.
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich.
Registriert bei Roskompetschat.
Registriernummer 017576

Redaktionsschluss: 8. September 2009.
Gedruckt in der Druckerei „Krasnaja Swesda“.
Auflage 25.000 Expl.
Номер заказа 1851.
Газета в розницу не распространяется.

